

Schweizerischer Städteverband

Zürich, 27. d. In seiner heutigen Sitzung in Zürich besprach der Vorstand des schweizerischen Städteverbandes die neuesten Maßnahmen des Bundes hinsichtlich der Verteilung der von ihm importierten Lebensmittel. Es wurde mit Bedauern konstatiert, daß der Bund ohne zwingenden Grund der segensreichen Tätigkeit der Städte auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung ein Ende gemacht habe, indem er die Abgabe der von ihm eingeführten Lebensmittel mit Zucker, Reis, Petroleum auf den Großhandel beschränkt und dadurch jede Preisregulierung durch Warenabgabe der Städte verunmöglicht habe. In einer Eingabe wurde der Bundesrat ersucht, dafür besorgt zu sein, daß die Gemeinden, die sich die Versorgung dieser Einfuhr mit Lebensmitteln angelegen sein lassen, weiterhin waggonweise Waren von den Bundesbehörden beziehen können. Sodann beschäftigte sich der Vorstand mit der Gestaltung der Versorgung mit Inlandprodukten pro 1916. Ein diesbezügliches Memorandum, das Erfahrungen des Vorjahres enthält, wird nächster Tage an die Verbandsstädte abgehen. An den Bundesrat wird erneut das dringende Gesuch gerichtet werden, an eine Feststellung der erneuten Ergebnisse des Inlandes heranzugehen (pro 1916 in Kartoffeln), um die Verhältnisse, die jetzt auf dem Kartoffelmarkt herrschen und die zum guten Teile auf Unkenntnis der erzeugten Inlandvorräte zurückzuführen sind, nicht sich wiederholen zu lassen.